



# Kredite für den Krieg

## Wie Staatsverschuldung Konflikte anheizt

Karte: "Überschuldete Staaten" weltweit. Die Weltkarte zeigt die Verschuldungssituation verschuldeter Länder im Globalen Süden sowie den Trend der Verschuldung.

© Erlassjahr.de

Am 22. September 1980 griffen die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein das Nachbarland Iran an. Der Iran war zu jener Zeit noch durch die Islamische Revolution geschwächt, und Hussein hoffte auf ebenso schnelle wie fette Beute. Er irrte sich. Der Krieg zog sich in die Länge. Die schwachen irakischen Staatsfinanzen waren nicht in der Lage, einen mehrjährigen Krieg durchzustehen. Die Rivalität zwischen dem Iran und den arabischen Staaten führte allerdings zu einer großzügigen Unterstützung der irakischen Anstrengung durch die reichen Golfstaaten. Bis zu einer Milliarde US-Dollar im Monat wurden vor allem von Kuwait und Saudi-Arabien auf dem Höhepunkt des Krieges monatlich nach Bagdad überwiesen. Ein wesentlicher Teil davon in Form von Krediten, die Bagdad hoffte, aus der Kriegsbeute bedienen zu können.

Als der Krieg nach Millionen von Opfern 1988 quasi auf den Ausgangspositionen zu Ende ging, hielt Kuwait aus dem militärischen Unterstützungsprogramm Forderungen von mehr als 40 Milliarden US-Dollar. Das war ein gutes Drittel der gesamten Auslandsschulden des Landes, das bei Husseins Amtsantritt praktisch schuldenfrei gewesen war, und bei Kriegsende zu den höchstverschuldeten Ländern der Welt gehörte.

Es war ausgeschlossen, dass der ebenfalls vom Krieg schwer gebeutelte Irak diese regulär werde bedienen können. Darauf bestanden aber nicht nur die kuwaitischen Kriegsfinanziers, sondern auch die westlichen Gläubiger im sogenannten Pariser Club, die mit weniger umfangreichen und zumeist diskret überwiesenen Krediten den Krieg gegen den Iran ebenfalls unterstützt hatten.

### Was tun?

Hussein beschloss, sich den Gläubiger Kuwait kurzerhand einzuverleiben und damit auch die Schulden gegenstandslos zu machen. Das endete im Zweiten (1990-91) und Dritten Golfkrieg (2003ff) und schließlich mit dem Tod des Diktators.

Bald nach dem von den USA und Großbritannien erzwungenen regime change



© Privat

**Autor:**

**JÜRGEN KAISER**

ist seit ihren Anfängen Teil der internationalen Entschuldungsbewegung und war bis Januar 2021 Politischer Koordinator des deutschen Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de.

Foto links:  
Protest gegen den  
Angriff auf den Irak  
2002 in London.

© Users AK7,  
William M. Connolly  
on en.wikipedia -  
Eigenes Werk,  
CC BY-SA 3.0,  
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1085338>



Foto rechts:  
Sri Lanka ist eines der  
Länder, in denen die  
Schuldenkrise Unruhen  
hervorgerufen hat. Hier:  
Marschierende Polizei in Sri  
Lanka 2019.

© Weldon Kennedy,  
CC BY 2.0

im Irak 2003 versuchten die Gläubiger, für das Schuldenproblem des Nachkrieg-Iraks eine Lösung zu finden. Im Pariser Club wurde auf Druck der USA eine Schuldenerlassung von rund 80% beschlossen, womit ein großer Teil der Wiederaufbaukosten auf die „Koalition der Unwilligen“ verlagert wurde, nämlich Deutschland, Frankreich und Russland, welche sich dem Krieg 2003 verweigert hatten. Die Kuwaitis sahen nicht ein, dass sie sich – wie in Paris vorgesehen – ebenfalls mit 80% beteiligen sollten und machten eine Gegenrechnung über Reparationen für die Zeit der irakischen Besetzung auf, die ihren Schuldenerlass praktisch auf Null gedrückt hätte.

Eine abschließende Regelung zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern konnte bis heute nicht erzielt werden und ist eine Quelle anhaltender Spannungen in der an Spannung ohnehin nicht armen Golfregion.

## Überschuldung führt zu Konflikt

Nicht nur zwischenstaatlich, auch innergesellschaftlich führen Überschuldungssituationen zu Konflikten. Ein Beispiel ist derzeit Sri Lanka, wo ein externer Schock – in diesem Fall der Zusammenbruch des internationalen Tourismus infolge der Covid-Pandemie – eine ohnehin kritisch verschuldete Volkswirtschaft hart traf. Die Regierung versucht, vor allem auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsgruppen, durch Steuererhöhungen und Subventionsabbau die Mittel für den Schuldendienst an externe Gläubiger zusammenzukratzen, und wo das nicht reicht, nimmt sie einfach neue Kredite auf. Die Folge: Die Bevölkerung, die das rigorose Sparprogramm mit Stromabschaltungen und exorbitant gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel nicht mitträgt, geht dagegen auf die Straße. Seit dem 11.5. gilt ein regierungsamtlicher Schießbefehl des Präsidenten, die Regierung ist zurückgetreten und eine friedliche Beilegung des Konflikts erscheint ausgeschlossen, wenn nicht ein erheblicher Teil der Kredite, mit denen die Regierung lediglich Zeit gekauft hatte, gestrichen wird.



Innerhalb von Rechtsstaaten gibt es, um Konflikte zwischen Gläubigern und Schuldnern friedlich beilegen zu können, das Insolvenzrecht, in dessen Rahmen eine neutrale Instanz die Zahlungsfähigkeit des Schuldners analysiert und dann über Schuldenerlass und Restzahlungsplan entscheidet. Für Staaten indes gibt es das nicht, obwohl es in der UNO und im Internationalen Währungsfonds dafür Anläufe gegeben hat. Die Ampelregierung hat 2021 genau dieses Ziel in ihrem Koalitionsvertrag erneut formuliert. Ein Staateninsolvenzverfahren wäre ein globales öffentliches Gut, das künftige Konflikte zeitig entschärfen könnte.